



## Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Diana Stachowitz, Kathi Petersen, Susann Biedefeld SPD**

### Mögliche Folgen eines EU-Austritts von Großbritannien für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen nach dem Beispiel der Mitteilung des baden-württembergischen Ministeriums der Justiz und für Europa (Drs. 16/1639 vom 16. Februar 2017) umfassend über mögliche Folgen des eingeleiteten EU-Austritts Großbritanniens für den Freistaat und seine Bevölkerung zu berichten.

Dabei wird insbesondere um die Berücksichtigung folgender Bereiche gebeten:

1. Wirtschaft und Finanzen (gesamtwirtschaftliche Folgen, Handel / Im- und Export, Beitrag zum EU-Haushalt, Vermögens- und Finanzmärkte, Landwirtschaft, Forst- und Holzwirtschaft, Medienförderung etc.),
2. Wissenschaft und Forschung (Wissenschaftskooperation, Forschungsförderung, Mobilität von Wissenschaftlern und Studierenden, Studierendenaustausch, Hochschulgebühren),
3. Schulische Bildung (Bildungszusammenarbeit, Pädagogischer Austauschdienst / Fremdsprachenassistenten, Berufliche Bildung, Schüleraustausch, Schulpartnerschaften, Lehreraustausch, Anerkennung schulischer Leistungen und Abschlüsse etc.),
4. EU-Kohäsionspolitik (Auswirkungen auf ESF<sup>1</sup>, ELER<sup>2</sup> etc.),
5. Mehrjähriger EU-Finanzrahmen und Auswirkungen auf die nächste Förderperiode,

6. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP),
7. Kommunales Bürger- und Wahlrecht,
8. Statusdienstrechtliche Folgen (Beamte),
9. Personenstandswesen,
10. Datenschutz,
11. Polizeiliche Zusammenarbeit,
12. Freizügigkeitsrecht,
13. Gesundheit und Soziales (Systeme der sozialen Sicherheit, Krankenversicherung, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen, Mobilität in Pflege- und Gesundheitsberufen etc.),
14. Umwelt-, Klima-, Energie- und Naturschutzpolitik,
15. Rechtshilfe und justizielle Zusammenarbeit.

### Begründung:

Die kürzlich offiziell eingeleiteten Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union („Brexit“) haben weitreichende Folgen für alle Beteiligten und werfen insbesondere auch für ein international so stark vernetztes und exportstarkes Bundesland wie Bayern eine Vielzahl politischer, wirtschaftlicher, rechtlicher und praktischer Fragen auf.

Eine frühzeitige fundierte Analyse länderrelevanter Problemfelder und möglicher Folgen eines Brexits ist unerlässlich, um die Anliegen des Freistaates und seiner Bevölkerung bei den Beratungen zur Festlegung der deutschen Position für die Verhandlungen wirksam geltend machen und sich ggf. auf notwendige gesetzgeberische Maßnahmen auf bayerischer und bundesdeutscher Ebene vorbereiten zu können.

Diese Fragen stellen sich somit nicht nur der Exekutive, sondern auch der Legislative und darüber hinaus weiten Kreisen der Bevölkerung Bayerns.

<sup>1</sup> ESF = Europäischer Sozialfonds

<sup>2</sup> ELLER = Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums